

Einbringung von Alleen und Baumreihen in laufende Flurbereinigungsverfahren –

Ein Erfahrungsbericht

Henning Arft

Aufbau der Flurbereinigungsverwaltung in Brandenburg



Aufbau der Flurbereinigungsverwaltung in Brandenburg

BEHÖRDE	BEZEICHNUNG IM SINNE DER FLURNEUORDNUNG	GESETZLICHE GRUNDLAGE
Ministerium für Land- und Ernährungswirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz (MLEUV)	Oberste Behörde	§ 2 Abs. 1 BbgLEG
Das Landesamt für Ländliche Entwicklung und Flurneuordnung (LELF)	Obere Behörde	§ 2 Abs. 2 BbgLEG
Teilnehmergemeinschaft Des Flurneuordnungsverfahrens	Untere Behörde	§ 3 BbgLEG
Verband für Landentwicklung und Flurneuordnung Brandenburg	Dienstleister der Teilnehmergemeinschaft	§ 4 Abs. 2 BbgLEG

Neugestaltungsauftrag der Flurbereinigung



Neugestaltungsauftrag der Flurbereinigung

1.) Eigentumsrechtliche Neugestaltung

und

2.) Tatsächliche (sichtbare) Neugestaltung





Eigentumsrechtliche Neugestaltung



Eigentumsrechtliche Neugestaltung

<u>Neugestaltungsauftrag gem. § 37 FlurbG</u>

- eigentumsrechtliche Neueinteilung der Feldmark,

- Zusammenlegung von unwirtschaftlich geformtem Grundbesitz,

- Gestaltung des Flurbereinigungsgebietes unter Beachtung der jeweiligen Landschaftsstruktur,

- Berücksichtigung des öffentlichen Interesses, vor allem der Raumordnung, der Landesplanung, des Umweltschutzes sowie des Naturschutzes und der Landschaftspflege,

- Schaffung von Wegen, Straßen und Gewässern,

- Schaffung von bodenschützenden und landschaftsgestaltenden Anlagen.

Eigentumsrechtliche Neugestaltung



Eigentumsrechtliche Neugestaltung



Eigentumsrechtliche Neugestaltung



Eigentumsrechtliche Neugestaltung




Tatsächliche (sichtbare) Neugestaltung

Tatsächliche (sichtbare) Neugestaltung

<u>Neugestaltungsauftrag gem. § 37 FlurbG</u>

- eigentumsrechtliche Neueinteilung der Feldmark,

- Zusammenlegung von unwirtschaftlich geformten Grundbesitz

- **Gestaltung des Flurbereinigungsgebietes unter Beachtung der jeweiligen Landschaftsstruktur,**

- **Berücksichtigung des öffentlichen Interesses, vor allem der Raumordnung, der Landesplanung, des Umweltschutzes sowie des Naturschutzes und der Landschaftspflege,**

- **Schaffung von Wege, Straßen und Gewässer,**

- **Schaffung von bodenschützenden und landschaftsgestaltenden Anlagen.**



Planungsinstrumente für den tatsächlichen (sichtbaren) Neugestaltungsauftrag

Planungsinstrumente für den tatsächlichen (sichtbaren) Neugestaltungsauftrag

1. Neugestaltungsgrundsätze

2. Wege- und Gewässerplan

Ziel: Neugestaltung des Flurbereinigungsgebietes

Planungsinstrumente für den tatsächlichen (sichtbaren) Neugestaltungsauftrag

Die Neugestaltungsgrundsätze

- Regelung durch den § 38 FlurbG,
- konzeptionelle Planung,
- Gestaltungsverantwortung bei der Teilnehmergemeinschaft,
- fachliche Begleitung und Erarbeitung der Unterlagen durch den VLF,
- textliche und kartographische Darstellung,
- Gliederung in Raumanalyse, Ziele und Maßnahmen,
- Abschließende Anhörung der TÖB.

Ziel: Vorbereitung des Wege- und Gewässerplanes

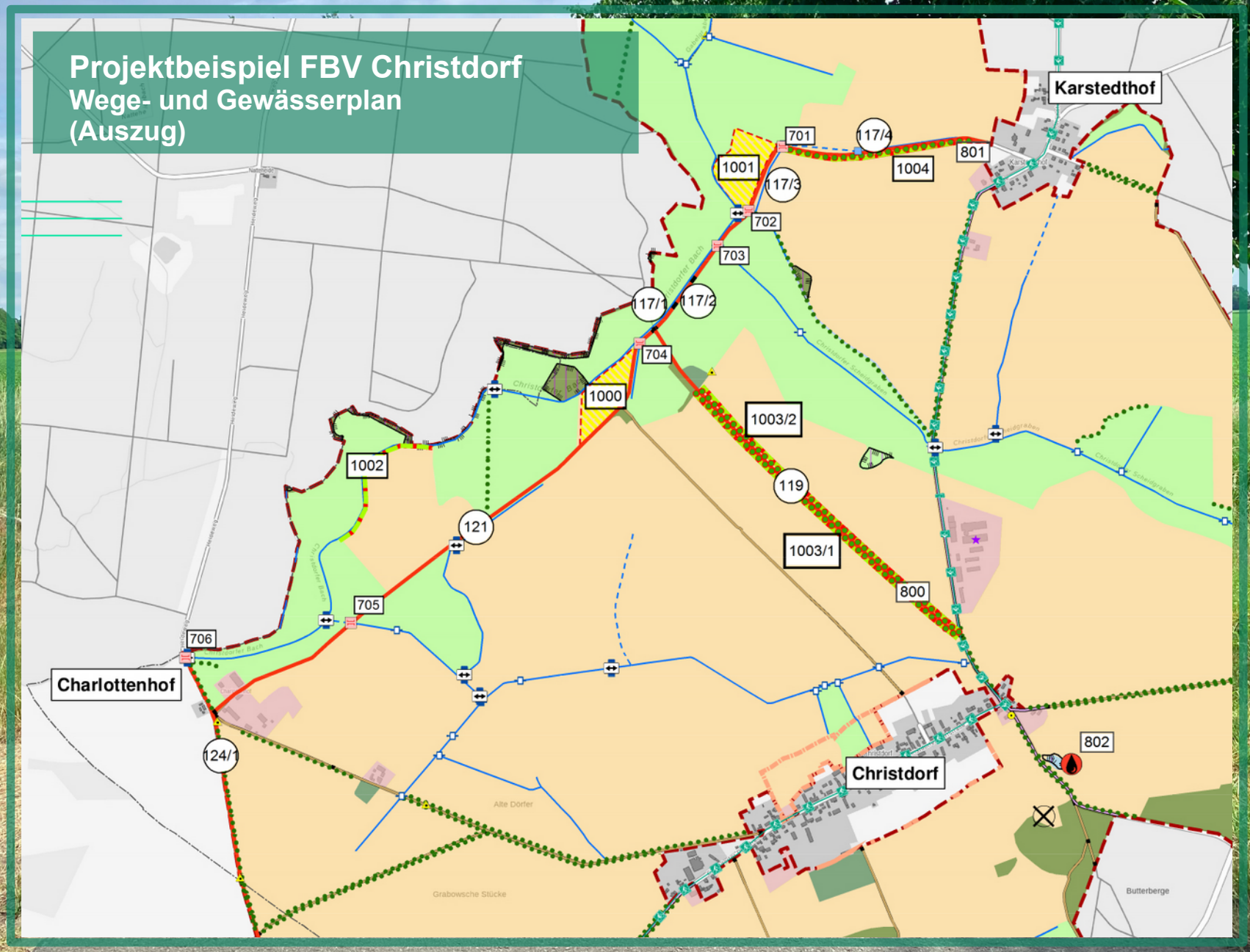
Planungsinstrumente für den tatsächlichen (sichtbaren) Neugestaltungsauftrag

Der Wege- und Gewässerplan

- Regelung durch den § 41 FlurbG,
- Konkretisierung der Maßnahmen aus den Neugestaltungsgrundsätzen,
- verbindliche Genehmigungsplanung mit Konzentrationswirkung,
- Aufstellungsverantwortung bei der Teilnehmergemeinschaft,
- fachliche Begleitung und Erarbeitung der Unterlagen durch den VLF,
- Grundlage für den Vorausbau,
- Legitimation des Flächenzugriffs (§ 36 FlurbG -vorl. Anordnung).

Ziel: Schaffung Baurecht und Maßnahmenumsetzung

Planungsinstrumente für den tatsächlichen (sichtbaren) Neugestaltungsauftrag



Praktische Arbeit mit den Akteuren vor Ort



Praktische Arbeit mit den Akteuren vor Ort

Kommunikation und Zusammenarbeit

- Vorstandssitzung der TG als Kommunikationsplattform,

- Beratung durch einen Landschaftsplaner, Bauingenieur und Bodenordner

- Beratung und Lenkung auf Basis der
  - Ergebnisse der Raumanalyse,
  - gesetzlichen Prioritätensetzung,
  - Vorstellungen / Wünsche der Flächeneigentümer.

Praktische Arbeit mit den Akteuren vor Ort

Grundsätze für die Etablierung von Baumreihen

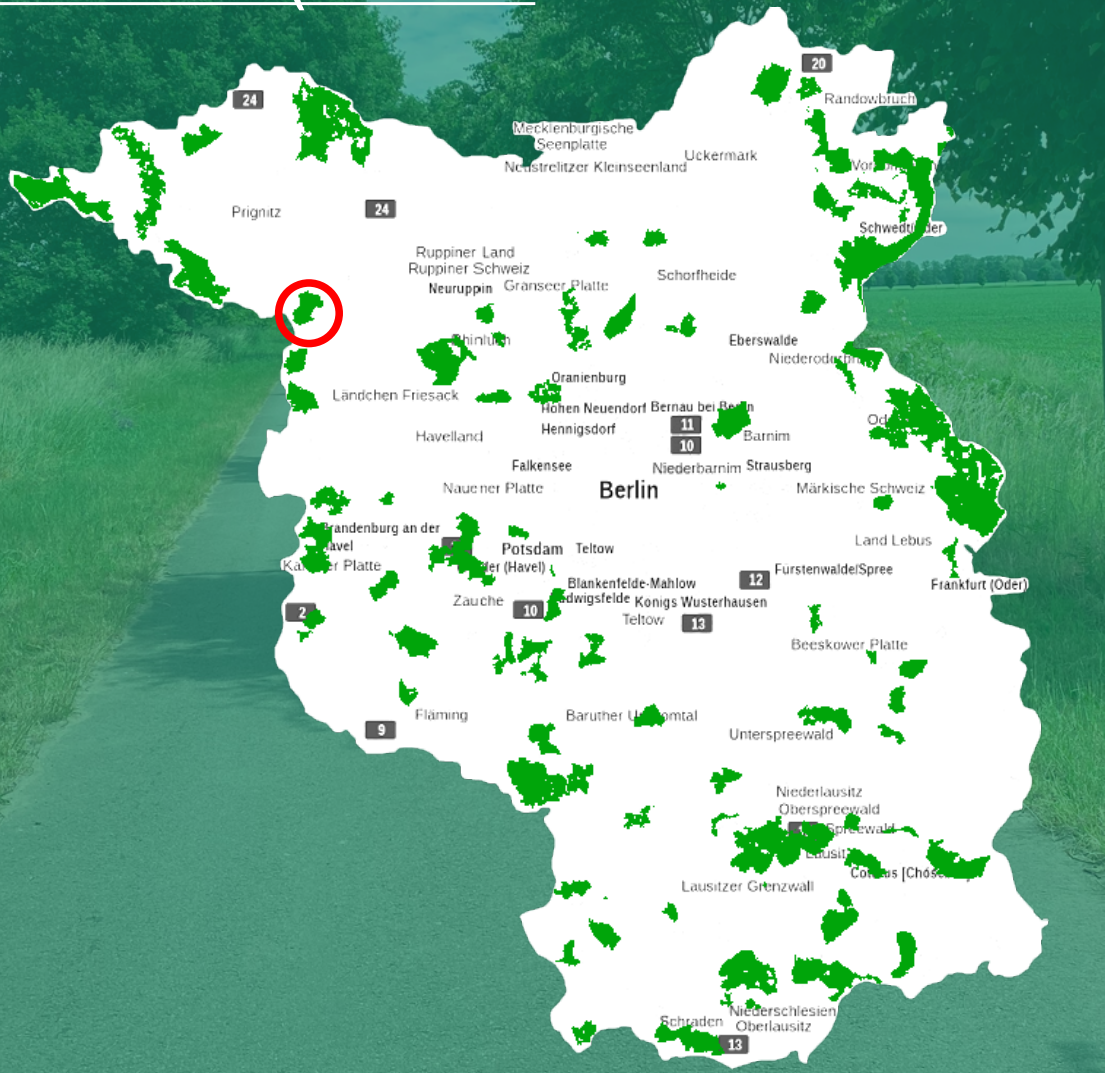
1. Freiwilligkeit,
2. Sinnhaftigkeit bzw. Vereinbarkeit mit dem Landschaftsraum,
3. Finanzierbarkeit,
4. Verfügbarkeit von Kommunalflächen, Landes- oder Bundesflächen oder Bereitschaft für Landabzug,
5. geregelte Unterhaltungslast.

Praxisbeispiele



Praxisbeispiele

Beispiel BOV Stüdenitz (3.120 ha:



Praxisbeispiele

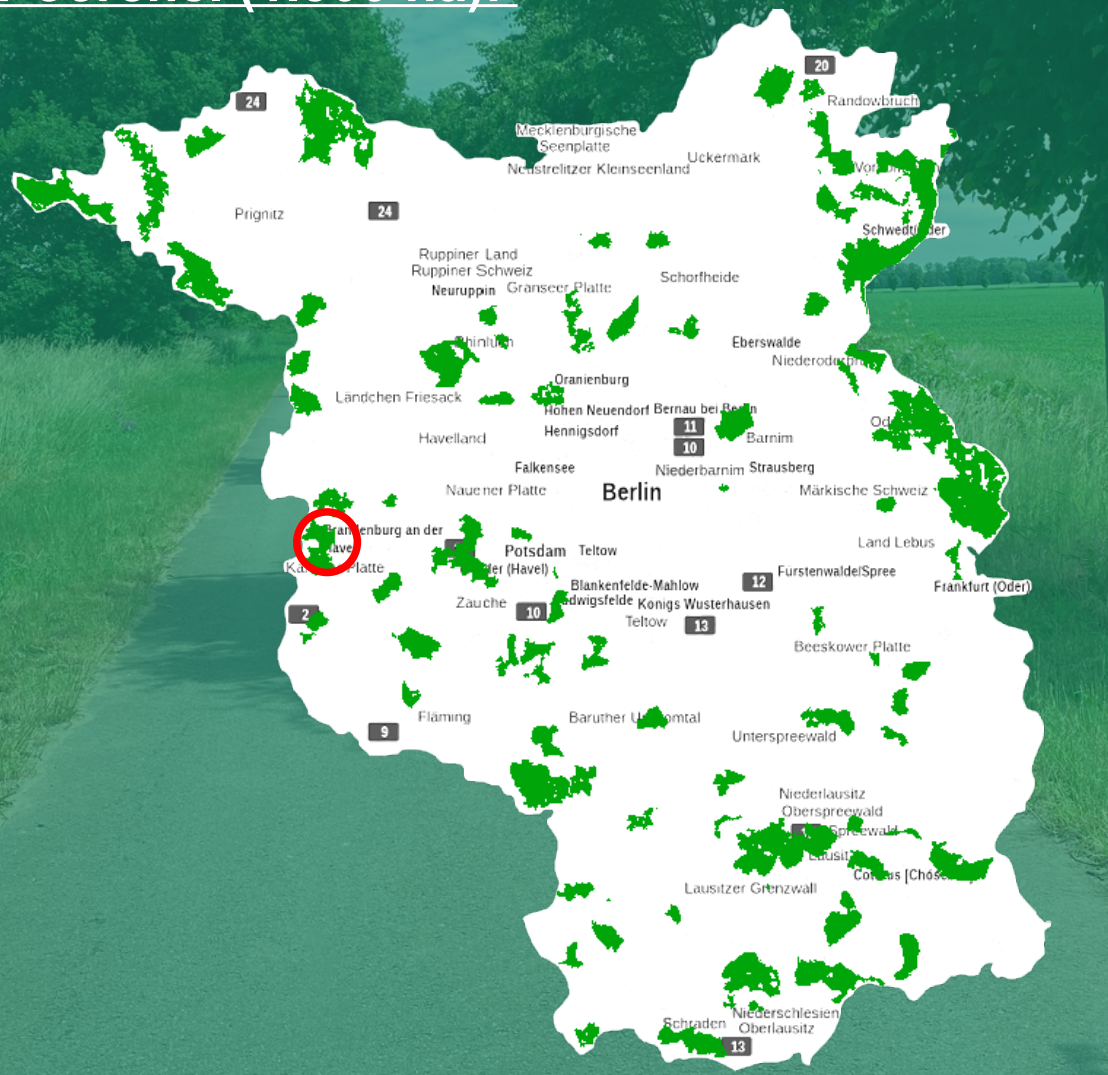
Beispiel BOV Stüdenitz (3.120 ha):

- Etablierung von Baumreihen und Alleen an ländlichen Wegen
- Gesamtlänge: ca. 7,1 km
- Gepflanzte Bäume: 650 Stück
- Landbereitstellung durch die TG
- Finanzierung über den Landesbetrieb Straßenwesen



Praxisbeispiele

Beispiel BOV Jerchel (1.300 ha):



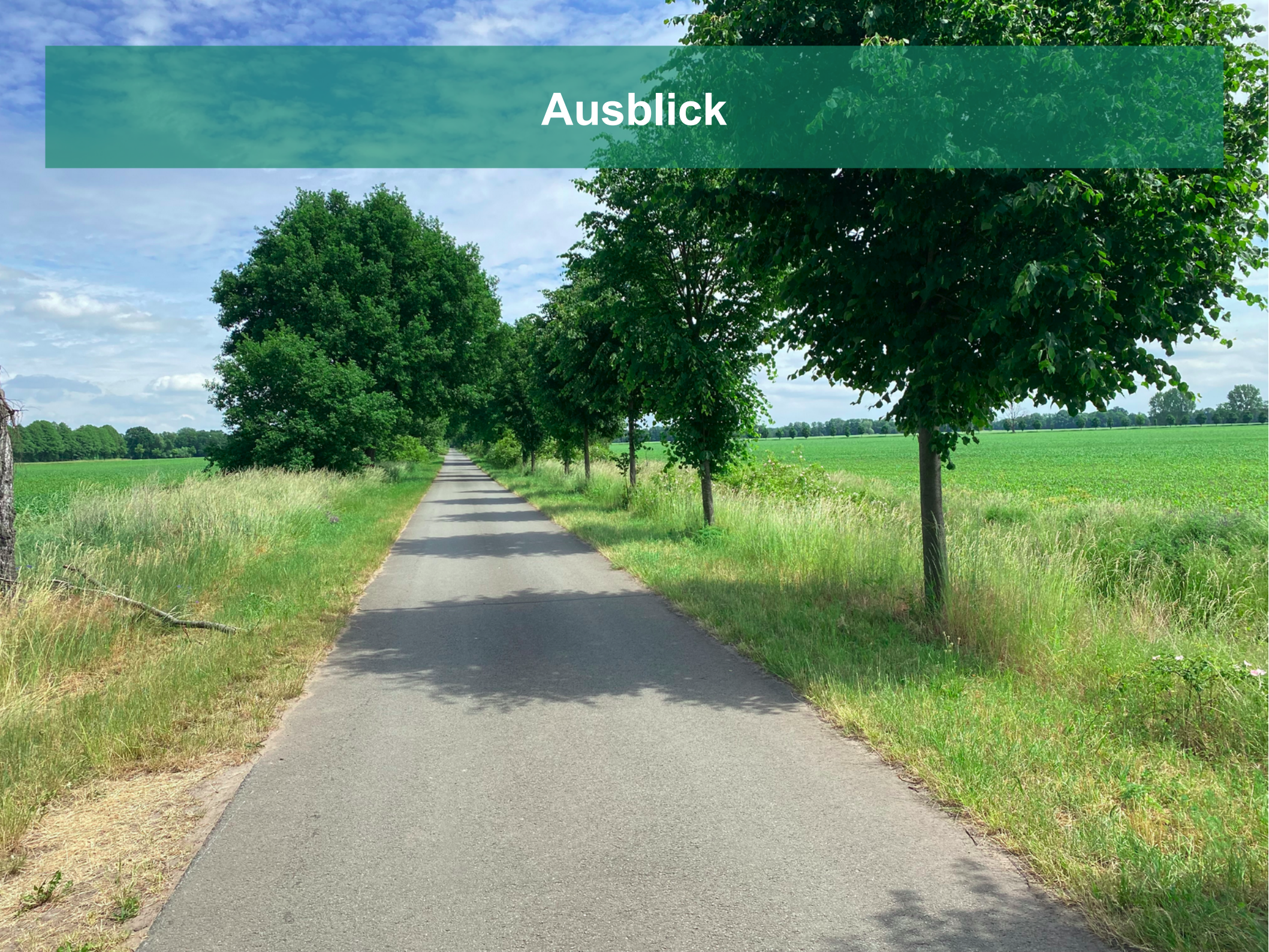
Praxisbeispiele

Beispiel BOV Jerchel (1.300 ha):

- Etablierung von Baumreihen und Alleen an ländlichen Wegen
- Gesamtlänge: ca. 2,6 km
- Gepflanzte Bäume: 355 Stück
- Landbereitstellung durch die TG
- Finanzierung über den Landesbetrieb Straßenwesen



Ausblick

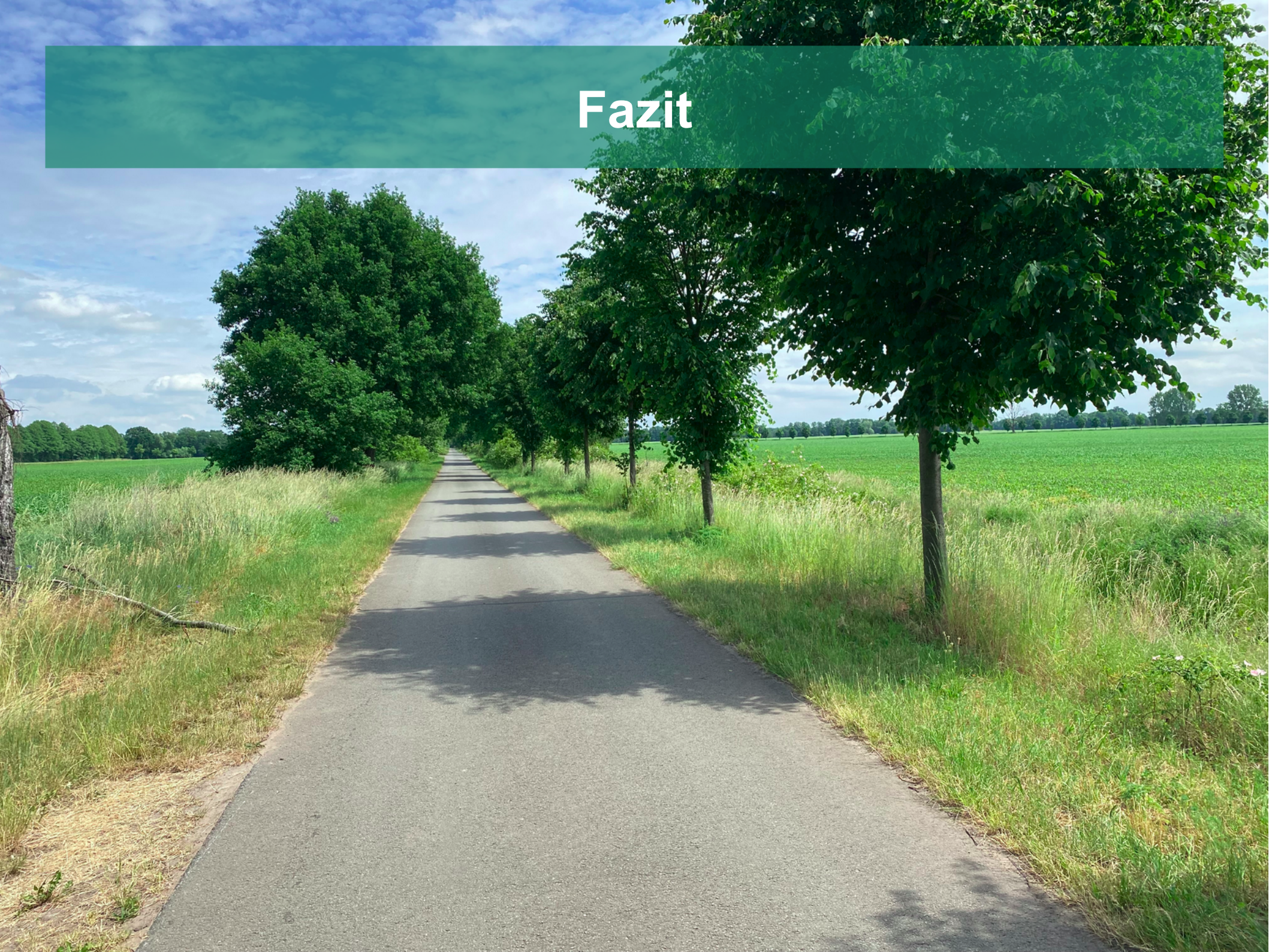


Ausblick

Plangenehmigte Maßnahmen in den FBV / BOV:

FBV/BOV	Nr.	Maßnahmenart	Anzahl Hochstämme
Christdorf	800	Allee	220
Christdorf	801	Baumreihe	58
Vehlefanz	1008	Baumreihe	45
Dahnsdorf	803	Baumreihe	75
Reichenwalde	800	Baumreihe	19
Kolkwitz	802	Baumreihe	50

Fazit



Fazit

- Alleen und Baumreihen können im Rahmen von Flurbereinigungsverfahren sinnhaft platziert werden,

- Synergien mit der Alleenkonzeption 2030 (Handlungsfeld 6),

- erhöhte Identifikation der Akteure vor Ort mit diesen Maßnahmen,

- Qualität und Quantität von Maßnahmen stehen und fallen mit der Teilnehmergemeinschaft,

ABER ……..

Fazit

hohe Skepsis aufgrund …

- hoher Unterhaltungslast durch den Klimawandel,

- möglicher Naturschutzrechtlicher Auflagen,

- eines möglichen Ertragsausfall auf angrenzenden Nutzflächen.


Vielen Dank für Ihr Interesse!!